

Hoffentlich kommt es zu einem Parteiverbot

Landtag in Thüringen: „Entsetzt über ‚faschistoide‘ AfD“, FR-Politik vom 28. September

Die erste Parlamentssitzung des Thüringer Landtags nach den Wahlen müsste auch dem Letzten deutlich gemacht haben, dass es sich bei der AfD nicht um eine konservative demokratische Partei handelt, sondern dass ihr im Gegenteil die repräsentative demokratische Verfasstheit ein Dorn im Auge ist, gegen die sie einen unglaublichen Hass entwickelt. Die Sitzung hatte in der Tat den Charakter einer „Machtergreifung“ und zeigt die Verfassungsfeindlichkeit der AfD. Es geht ihr nur darum, Stimmung

zu machen gegen den demokratischen Staat, mit dem die Bundesrepublik und all ihre Bundesländer nach dem Weltkrieg gut gefahren sind und der Wohlstand, Sicherheit und Freiheit gebracht hat. Die AfD ist aufgebrochen, um die demokratischen Strukturen der Bundesrepublik zu beseitigen und an deren Stelle einen völkisch-autoritären Nationalstaat zu etablieren, in dem von Freiheit keine Rede mehr sein kann. Die Landtagssitzung in Erfurt hat auch erneut gezeigt, wie wichtig es ist, dass nun end-

lich ein zuständiges Verfassungsorgan (Bundesrat, Bundestag oder Bundesregierung) einen Antrag auf Verbot dieser braunen Clique stellt. Dieser Antrag muss gut vorbereitet sein. Die Demokratie muss ihre Wehrhaftigkeit spätestens jetzt zeigen. Die chaotische Landtagssitzung in Erfurt unter Vorsitz des fragwürdigen Alterspräsidenten war ein Meilenstein auf dem Weg zum Verbot der AfD. Hoffentlich kommt es zu einem Verbot, solange es noch nicht zu spät ist.

Manfred Kirsch, Neuwied

Auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit

Zu: „Deutlich mehr Wohngeld“ und „Segen für viele“, FR-Wirtschaft und -Meinung vom 28. September

Das Wehklagen ist nicht zu überhören, besonders wieder nach Wahlen. Ich bin in einer Zeit aufgewachsen, in der es seit Anfang der 60er Jahre ein Bundessozialhilfegesetz (BSHG) gab mit einem einklagbaren Anspruch auf Hilfe für die Wohnung, den Lebensunterhalt und Sachleistungen wie Schulranzen, Bekleidung u.a.m. Die CDU war regelrecht stolz auf ihre Errungenschaft, und die anderen Parteien waren mit dabei. Sozialer Wohnungsbau wurde vorangetrieben, allerdings auch zulasten sozialer Brennpunkte. Die Mieten waren

dort bezahlbar und wurden dank BSHG übernommen. Natürlich waren auch damals Menschen dabei, die mit diesen Zahlungen zufrieden waren, aber niemand stellte den gesetzlichen Anspruch infrage, weil es viele Familien gab, denen es schlecht ging. Dann kam ein Herr Schröder, der die Sozialschmarotzer entwarf. Wie nicht anders zu erwarten, stürzten sich alle etablierten Parteien darauf, wollten natürlich Schröder und Co. übertreffen. Christlich (hahaha), sozial und demokratisch (hahaha), grün (hahaha), liberal (die

Krone der Schöpfung). Alle vorherigen Werte gingen über Bord: Und jetzt schreien und streiten sie, sich überbietend, über zu hohen Mindestlohn und hohe Mieten und wundern sich, dass ihnen andere, radikale Gruppierungen die Schau stehlen.

Ja, es ist nicht leicht, das Geld der Milliardäre zu bekommen, um es in soziale Projekte oder den Wohnungsbau zu investieren. Der Krieg verbessert die Lage nicht, aber wenn die alten Parteien so weitermachen, werden sie noch bedeutungsloser werden.

Karlheinz Neumann, Frankfurt



**BRONSKI IST IHR
MANN IN DER
FR-REDAKTION**

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20241008

FR-Blog: Aggressiv

Aus der Diskussion über die Frage, wie Frieden erreicht werden könnte

In den Unterricht eingeschleust

Zum Leserbrief von G. Kern: Schon zu meiner Schulzeit (ich bin Jahrgang 1955) kamen Jugendoffiziere offiziell in die Schulen, um für die Bundeswehr zu werben. In den 80er-Jahren arbeitete ich als Referent für Zivildienstleistende. Manchmal wurde ich von Religions- und Deutschlehrer:innen eingeladen, um über die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung zu informieren. Immerhin handelt es sich um ein Grundrecht. Dafür zu werben, war verboten. Deshalb scheuten die Schulen offizielle Einladungen. Oft wurde ich in den Unterricht eingeschleust.

Robert Maxeiner via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/frieden-2

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit den Regisseuren und Schauspielern Willy Praml und Michael Weber über ihr Leben und ihre Arbeit. Es werden Bilder aus Jahrzehnten Theater und Szenen aus Stücken zu sehen sein. Um Anmeldung wird gebeten.

Donnerstag, 10. Oktober, 19 Uhr
DenkBar, Spohrstraße 46a
Frankfurt

HP_0LES02FRDA - B_180334

ACHTUNG!!!

Wetter! Weil PAN
das Gewinnspiel
hat / Saskia